

»Abmahnungen zielen auf Einschüchterung«

Siemens geht gegen engagierten Betriebsrat vor. Dieser wehrt sich erfolgreich vor Gericht. Ein Gespräch mit Felix Weitenhagen

Interview: Ben Mendelson



Seit November 2015 haben Sie von Siemens sechs Abmahnungen erhalten. Zwei davon wurden vom Berliner Arbeitsgericht Anfang des Monats für unzulässig erklärt. Worum ging es?

Felix Weitenhagen ist Schlosser und Betriebsrat im Siemens-Schaltwerk in Berlin

Damals wollte die Geschäftsleitung ein neues Schichtsystem einführen und Samstag und Sonntag zu Werktagen erklären. Eine Gruppe von Kollegen aus meiner Abteilung sprach mich deshalb an und wollte wissen, welche Schichtmodelle geplant seien und was ich davon halte. Ich habe dann in Pausen die Kollegen darüber informiert, was geplant war und ihnen gesagt, dass ich mich dafür einsetze, dass es nicht dazu kommt. Siemens behauptete, ich hätte dabei Geschäftsgeheimnisse verraten. Außerdem wurde mir vorgeworfen, es wäre Siemens durch ein Informationsgespräch mit Kollegen ein Schaden entstanden, weil dieses Gespräch ein wenig länger dauerte als die Pause. Siemens konnte aber keinen Schaden beweisen. Deshalb entschied das Gericht, dass die ersten beiden Abmahnungen aus meiner Personalakte entfernt werden müssen. Es verteidigte das Recht von Betriebsräten, Kollegen über Auseinandersetzungen mit der Geschäftsleitung zu informieren.

In einem zweiten Prozess klagen Sie gegen weitere Abmahnungen. Wofür haben Sie diese erhalten?

Ich habe Kollegen darüber aufgeklärt, dass ein Warnstreik eine Kampfmaßnahme ist und keine

Freizeitveranstaltung. Deshalb ist es auch richtig, die Zeitkarte beim Verlassen des Arbeitsplatzes nicht abzustempeln, sich also nicht abzumelden. Siemens hat das aber als »Störung des Betriebsfriedens« ausgelegt. Ich erwarte nun, dass das Gericht das Recht der IG Metall auf Warnstreiks verteidigt und erneut bestätigen wird, dass ich mich korrekt verhalten habe. Eine weitere Abmahnung erhielt ich, weil ich einem Vorgesetzten mehrmals widersprochen habe. Das wurde als »denunzierende und verleumderische Äußerung« gegen die Werksleitung interpretiert. Damals wurde enormer Druck auf die Beschäftigten meiner Abteilung ausgeübt, weil hier ein neues Schichtsystem mit sieben Werktagen pro Woche eingeführt werden sollte. Von der Werksleitung hieß es, entweder man akzeptiere das neue System oder die Abteilung werde geschlossen. Hier herrscht doch Meinungsfreiheit. Es ist Aufgabe eines Betriebsrats, Verschlechterungsplänen zu widersprechen.

Geht es bei den Konflikten zwischen Ihnen und der Geschäftsleitung immer noch im Kern um das Schichtsystem?

Das hat sich verlagert. Siemens versucht, gegen meine Arbeit als Betriebsrat vorzugehen. Die rechtswidrigen Abmahnungen zielen auf eine Kündigung oder eine Einschüchterung von mir als Betriebsratsmitglied ab. Letztlich aber auch auf eine Einschüchterung der gesamten Belegschaft und des gesamten Betriebsrates. Insofern geht die Auseinandersetzung über die Wochenendarbeit hinaus: Siemens versucht mit Methoden des »Union Busting«, durch Kettenabmahnungen und willkürliche Vorwürfe, einen klassenkämpferischen Kollegen zu zermürben. Anfang November 2016 wurde ich an einen anderen Arbeitsplatz strafversetzt. Ich bin Facharbeiter, aber mir wurde eine Hilfsarbeitertätigkeit zugewiesen. An diesem Entgratplatz werden Kunststoff- und Isolierteile geschliffen und geschmirlgelt. Vorher habe ich Prüfungstätigkeiten ausgeführt und Maschinen bedient. Kurz vor dem Prozess Anfang Mai hat Siemens diese Strafversetzung de facto zurückgenommen. Eine schriftliche Bestätigung dafür habe ich aber noch nicht.

Übt die Geschäftsleitung auch mehr Druck auf andere Beschäftigte aus?

Seit meiner ersten gab es insgesamt eine Häufung an Abmahnungen im Schaltwerk, auch in anderen Abteilungen. Zum Teil waren das auch Kollegen, die etwas aufmüpfiger sind. Einer klagt nun ebenfalls. Bei Siemens ist es sonst nicht üblich, dass viel abgemahnt wird. Da scheint ein anderer Managerstil zu herrschen. Es weht ein rauherer Wind, nicht nur gegen mich. Wir haben auch einen betriebsratsinternen Konflikt, weil einige eine Komanagerhaltung zur Geschäftsleitung haben. Dabei ist in den letzten Monaten die Unterstützung für die kämpferische Betriebsratspolitik bei den meisten Kollegen, vielen Betriebsräten und der IG Metall gewachsen.